

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Formals „Freiburger Zeitung“)

Abonnementspreis:

12 Monate	6 Monate	3 Monate	1 Monat
Schweiz: Fr. 14.—	Fr. 7.—	Fr. 3.50	Fr. 1.40
Ausland: Fr. 18.—	Fr. 9.—	Fr. 4.50	Fr. 1.70

Die Einzahlungsnummer allein: pro Jahr 2 Fr. 50.
 Bei der Post sendet 20 Stk. mehr.
 Die Redaktion ist für das Ausland, für den Versand des Blattes nicht verantwortlich, und übernimmt keine Haftung für den Verlust von Briefen, Postsendungen, Zeitungen, Zeitschriften, Italien, Dänemark, Schweden und Norwegen etc.

Insertionspreise:

Für den Kanton Freiburg die Seite 15 Cts.
Für die Schweiz „ „ „ 20 „
Für das Ausland „ „ „ 25 „
Reklamen „ „ „ 50 „

Für größere Aufträge bedeutender Rabatt.

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Heroldstrasse 38, Freiburg (Schweiz). Telefon 4.06. — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweiz, Annoncenexpedition A.-G. Telefon 1.35.

Gewaltherrschaft Lenins in Petersburg. — U-Bootskrieg im Dezember. — Wechsel im britischen Kriegskabinet.

Ein Blick in die umgekehrte Welt

Jetzt ist auch für die Schweiz die Zivilienpflicht proklamiert. Bund und Kantone sind mit der Ausführung beauftragt. Als im Laufe der letzten Woche ihre Notwendigkeit angefündigt wurde, hat die sozialdemokratische Presse mit „gewalttätigem Widerstand“ gedroht. Was war die Folge davon? Die Redaktoren der sozialistischen Blätter „Vollrecht“, „Vorwärts“ und „Derner Tagwacht“ wurden als die Vertreter der Arbeitererschaft in die vorbereitende Kommission berufen und zwar vom eidgen. Militärdepartement. Wie wenn es keine anderen Arbeiter gäbe, als sozialdemokratische! Welche die Bundesbehörde diesen Anflug auch noch sanktionieren? Also überall zweierlei Recht!

Die Zivilienpflicht wird eingeführt zur Vermehrung der landwirtschaftlichen Produkte des eigenen Landes.

Wozu haben wir denn die Bauern? Mühsich der Arbeiter nun auch noch zum Sklaven erniedrigen, um den Wucherern Frondienste zu leisten? Also weitem die Heerführer der sozialistischen Arbeiterschaft.

Wir wollen an dieser Stelle nicht all die Schimpfereien wiederholen, die gegen unsere Landwirtschaft geschleudert wurden und stets noch wiederholt werden.

Statt dessen möchten wir unsere Leser von Stadt und Land einladen zu einem Rückblick auf die Lage vor dem Kriege und einem Vergleich mit den heutigen Verhältnissen. Wir wetten eins gegen hundert, daß wir uns nachher besser verstehen.

Die Gedankenlosigkeit, mit der wir in den Tag hineinleben und die Dinge, die an uns heranrücken, hinnehmen, ist vielleicht der Hauptgrund an dem Mißerfolg und der gefährlichen Spannung, welche nach und nach aufgetrieben ist und die drohende Spaltung zwischen Stadt und Land geschaffen hat.

Wir wissen, daß der Bauernstand nicht ganz ungeschädigt ist an der gestiegenen Lage. Es sind auch bei ihm Fehler vorgekommen. Doch soll man auch hier gerecht sein und die Verschulden Einzelner nicht dem ganzen Stande zur Last legen.

Man hat plötzlich von der Landwirtschaft das Menschenunmögliche verlangt. Mit Recht könnte der Bauer heute die Worte wiederholen, die König Karl VII. von Frankreich in Schillers „Jungfrau von Orleans“ spricht:

Kann ich Armeen aus der Erde stampfen? Wächst mir ein Kornfeld in der flachen Hand?

Vor dem Kriege war das Getreide inländischer Herkunft und verhältnismäßig. Der Bauer mußte die „Frucht“ der Getreideernte, die er des Straßes wegen anlegen mußte, dem Vieh verfüttern. Der Bund wollte fremdes Brot. Der amerikanische, russische, argentinische Weizen war billiger als der einheimische. Man griff zum billigeren. Das war eig. Trumpf. Der Weizen galt 18—22 Fr.

Die Kartoffeln mußte Deutschland liefern. Äpfel und Birnen fanden äußerst schwer einen Absatz, weil das italienische Obst billiger war und unsern Städtern die südländischen Orangen besser schmeckten, als die guten Birnen und rotwangigen Äpfel der Gegend.

Der Apfelwein, gewöhnlich „Most“ genannt, dieses bodenständige Getränk unserer Heimat hat sogar die Ähren der Wirtschaften sich vor ihm schlecken gesehen, als er, als verschäffter Wetter der andern Alkohol, um sein Dasein kämpfen, einlaß begehrte.

Einheimische Weine fanden bei Genußkünstlern schon gar keine Gnade; es wußten fremde auf den Tisch, Weine aus Italien, Spanien und Frankreich, Flaschen mit schönen Etiketten und hochtönenden Namen. Und den

großen Durst, den Durst des Volkes stillte das Bier.

Daß der feine Mann und die noble Dame kein Schnaps trinkt, der aus einheimischen Produkten hergestellt wird, weiß man; sie nippen dafür an den feinen Gläsern, die von fremden Liqueuren überfließen.

Das inländische Fleisch war nicht begehrt. Man fand es zu teuer. Rußland, Dänemark, Ungarn, Holland und Frankreich lieferten billiger. Und die italienischen Schinken galten als feinere Ware wie die einheimischen. Was man für Aufhebens gemacht hat mit dem argentinischen Gefrierfleisch ist noch in aller Erinnerung. Die Städte schufen eigene Vorrichtungen, um es aufzunehmen.

In den Schlachthäusern wurden die Inlandsschweine durch die amerikanischen verdrängt.

Die Butter bezog man aus Italien und Frankreich, sogar aus dem fernen Sibirien, soweit noch Butter in Frage kam. Mehrheitslich wurde sie durch fremdländische Fette ersetzt, durch Margarine, Palmöl aus Tripolis etc. Man fand sie, wenn nicht gerade besser, als die einheimische Butter; so doch viel billiger. Und das war die Hauptsache.

Am den Milchpreis-niederzudrücken, wurden Milchriege inszeniert und zu solchen Milchriegezeiten wurde Konkurrenzmäßig aus dem Auslande bezogen. Die Milchfabriken drohten mit Auswanderung, wenn sie nicht zum offerierten Preis handeln konnten. In diesen engen Strümpfen stand die schweizerische Landwirtschaft bei Ausbruch des Krieges. Wäre sie nicht vom willensstärksten Teil des Volkes als Erbgut der Väter mit der ganzen Wärme des Herzens gepflegt worden, sie hätte unterliegen müssen.

Jetzt, da durch den Weltkrieg der internationale Verkehr so gut wie aufgehoben ist, da die Zufahrtswege zur Schweiz gesperrt sind, da S. S. S. und Treuhändergesellschaft nicht nur die Grenzen, sondern im Innern des Landes die Magazine und Bureau kontrollieren; jetzt, da Not an Mann ist überall, jetzt sollte der Schweizerbauer die Rolle des Auslandes übernehmen, sollte von einem Tag auf den andern jene ungeheuren Mengen von Lebensmitteln aus dem Boden stampfen, welche die konsumierende Bevölkerung der Schweiz, mit Unterstützung der Bundesbehörden und der Parlamente, aus den kapitalistischen Großbetrieben Italiens, Frankreichs, Ungarns, Hollands, Amerikas etc. bezog.

Der Umbau von der einseitigen Milchwirtschaft zum Ackerbau ist nicht im Handumdrehen gemacht. Die Bureaufratie arbeitet ja schon drei Jahre nur an den „nötigen“ papierernen Vorbereitungen. Das gibt doch den Maßstab zur Beurteilung der Schwierigkeiten, welche der wirklichen Ausführung im Wege stehen. Zunächst würde der Umbau gehemmt durch den Entzug der kräftigsten Arme, welche durch den Militärdienst in Anspruch genommen wurden.

Dann ist die Entwicklung noch fast mehr durch den Mangel an Zugpferden, die vom Pflügerwagen und Pflug hinweg an die Kanonen gespannt und als Reitpferde für die Kavallerie und die Offiziere der Armee mobilisiert wurden.

Hierauf kam die Blütezeit der Kriegslieferanten und Munitionsfabrikanten, die mit ihren großen Röhren eine solche Zauberkraft auf die Volkseele ausübten, daß selbst Bauernsöhne Gade und Senfe in die Gede warfen und in die Fabrik liefen.

Zwischen hinein regneten die Hunderte von Verordnungen und Vorschriften, angefangen bei den Höchstpreisen, die vom Standpunkte der ärmeren Bevölkerung wohl zu verstehen sind, aber bei der gleichzeitigen Erhöhung des Preises der freien Märkte zu Gunsten der Kriegsanbieter.

Len nicht geeignet sind in der Bauernsamer Begünstigung zu werden, und das Vertrauen zu fällen; daß gleiches Recht für alle gelte im Vaterlande.

Zwischen hatte der zunehmende Mangel an Lebensmitteln die Preise so in die Höhe getrieben, daß die Familienväter nicht mehr im Stande waren, mit ihrem Einkommen den Tisch zu decken.

Man verlangte und gewährte Teuerungszuschläge und Gehaltsaufbesserungen, von oben angefangen.

Wie wenn durch die 25 Millionen Gehaltszuschläge, welche die eidgen. Räte den Eisenbahnen gewährten, auch nur eine einzige Kartoffel größer wachsen könnte! Wie wenn im Gegenteil die größeren Löhne bei gleichbleibender Produktion nicht wieder auf drei Produktionskosten laßen würden und schließlich die Lebensmittelpreise nochmals in die Höhe treiben müßten!

Mehrer gestattete man den unsinnigsten Vorschlag in Berg und Tal und förderte den Export ohne Rücksicht auf den eigenen Mangel an Arbeitskräften und Brennstoffen. Es liegen viel Waldbesitzer und Holzhändler an großen Häfen und Behörden!

Man kommt die Zivilienpflicht, die die Vermehrung der Lebensmittelproduktion zum Zweck hat. In sozialistischen Kreisen, wo man „sozialistisch“ das Wort „Revolution“ im Munde führt, will man sich ihr widersetzen, wenn man sie nicht selber kommandieren und in die „richtigen Bahnen“ dirigieren kann. Und der Bundesrat macht seine Reue vor dieser Drohung, nachdem er endlich „vorzubereiten“ beginnt, was er von Anfang hätte tun sollen.

Mißbrauch der päpstlichen Vermittlungstätigkeit.

Der „Observatore Romano“ bemerkt, daß schlechte Leute das Wort des Papstes zugunsten der Kriegsgefangenen mißbrauchen, indem sie versuchen, sich gegen Geldentschädigung als Zwischenhändler anzubieten, um dann durch Vermittlung des hl. Stuhles die Repatriierung von Gefangenen oder Nachrichten über vermählte Soldaten zu ermöglichen. Der „Observatore“ erklärt, ermächtigt zu sein, die Defensivität vor solchen Personen zu warnen, indem das Wort des hl. Stuhles frei von jedem Eigennutz sei.

Strafmaßnahmen des Bundesrates. Der Bundesrat hat einen Beschluß gefaßt, wonach derjenige, der in gewinnstüchtiger Absicht die Internierung oder Heimführung von Kriegs- und Zivilgefangenen vermittelt oder zu vermitteln versucht, mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder Buße bis zu Fr. 5000 bestraft wird, wobei diese beiden Strafen gleichzeitig ausgesprochen werden können. Die gewerbsmäßige Vermittlung zieht Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren und Buße bis zu Fr. 10,000 nach sich. Die obigen Handlungen sind in der Schweiz auch dann strafbar, wenn sie im Ausland begangen worden sind. Die Verfolgung und Verurteilung liegt den kantonalen Behörden ob.

Blutheerhaft Lenins in Petersburg.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg: Alle Zeitungen sind unterdrückt und es werden massenhaft Verhaftungen von Deputierten vorgenommen. Vergangene Nacht wurden die der Kadettenpartei angehörenden Gymnasialer Schingariess und Kislin von einer Bande von Matrosen im Maria-Spital, wohin sie von der Peter- und Pauls-Festung, wo sie schon seit Dezember eingekerkert waren, verbracht wurden, ermordet. Die Leichname wurden auf bapstliche Weise verhämmelt. Mit dieser blutigen Episode scheint die vorausgesehene neue russische Politik der leninischen Regierung ihren Anfang genommen zu haben, welche entschlossen scheint, alle Elemente,

die sich gegen diese Diktatur aufwenden, mit Feuer und Schwert zu vernichten. Man weiß, daß sich Verhaftungen und Ermordungen unter den revolutionären Sozialisten vorbereiten. Diese haben nach der Auflösung der Konstituante eine Resolution angenommen, die dahin geht, nicht eine offene Rebellion hervorzurufen, und vor der blutigen Diktatur Lenins das Haupt zu beugen.

Die Zusammenkünfte der letzten Tage haben weitere 120 Opfer gefordert, darunter 20 tote zumeist Arbeiter. Die rote Garde Lenins, verstärkt durch die Matrosen von Kronstadt und einige Soldatenabteilungen blieb Herr der Lage, indem sie die einzige bewaffnete Macht ist in Petersburg. Man muß nicht an den Ausbruch eines eigentlichen bewaffneten Konfliktes zwischen den Leninisten und den diesen entgegengesetzten Kräften glauben, wenigstens wird ein solcher nicht schon in den nächsten Tagen eintreten. Man glaubt, daß die Leninische Regierung die Konstituante durch einen Kongreß der Arbeiterräte von ganz Rußland ersetzen will, der auf Morgen in den tsarischen Palast einberufen ist.

Zivilienpflicht zur Förderung der Produktion

Wie bereits kurz gemeldet wurde, tagte am Montag in Bern eine vom schweizerischen Militärdepartement einberufene Kommission zur Beratung des Entwurfes des Militärdepartements über die Arbeitsorganisation für die Produktion und die Ausführung von Bodenverbesserungen. An der Versammlung nahmen teil: Vertreter des Militärdepartements, des schweizerischen Justiz- und Polizeidepartements, des schweizerischen Finanzdepartements, des Oberinspektors des Armeestabes, des schweizerischen Kriegskommissariats, der Inlandgetreidefelle, des Volkswirtschaftsdepartements sowie eine Anzahl von Berufs- und Konsumentengruppen. Die Arbeiterschaft war vertreten u. a. durch Redaktoren des „Vollrecht“, des „Vorwärts“ und der „Derner Tagwacht“. Der Beratung zugrunde liegende Entwurf des Militärdepartements sieht u. a. vor die Schaffung eines dem schweizerischen Militärdepartement unterstellten besonderen Meliorations- und Arbeitsamtes.

Für die Durchführung der Arbeiten zum Zweck der Vermehrung der Produktion sind vorzugsweise Arbeitsloje herbeizuziehen; daneben sollen die fremden Deferente und Refraktäre, die sich in der Schweiz aufhalten, zur Arbeitsleistung herangezogen werden. Ferner sollen beigezogen werden Landfürmänner und Zivilienpflichtige.

Zur Deckung der Kosten der Arbeitsvermittlung und der Durchführung von Bodenverbesserungen durch den Bund wird ein besonderer Kredit in einer Höhe von 5 Millionen Franken eröffnet, in der Meinung, daß dieser Betrag nach Maßgabe des Bedürfnisses durch Bundesratsbeschluss zu erhöhen sei. Der Entwurf enthält besondere Vorschriften über die Verwendung fremder Deferente und Refraktäre, wobei u. a. bestimmt wird, daß die Dauer des Arbeitsaufgebotes der fremden Deferente und Refraktäre in der Regel unbeschränkt ist. Die Deferente und Refraktäre werden in besonderen Arbeitskompanien vereinigt, deren Größe je nach den Umständen bestimmt wird und die unter Leitung schweizerischer militärischer Vorgesetzter stehen. Deferente und Refraktäre, die aus irgendwelchen Gründen zu solchen Arbeiten nicht beigezogen werden, haben eine Arbeitsloje zu erhalten, die erstmals 1918 erhoben werden soll.

Der Entwurf enthält ferner besondere Bestimmungen über die Zivilienpflicht, zu deren Einführung und Organisation das Militärdepartement ermächtigt wird. Zu die-

...föhrte der So-... fischen für Polen... irtschliche Be-... habe. Wir hal-... ich im Rahmen... dem Sturz des... deutlichen und... unüberbrückbaren... die Volk wurde... den Parismus... durch die fränk-... igtlichen Kapita-... und das ha-... ten erst erkennen... utischen Friedens-... ehrtlicher Friede... überdrüssig über-... ziele Englands... Das Aufstehen... hnelles Friedens... dig für die Be-... Friedens. Die... nie mehr für... Wir lehnen das... den Macht in die... herten ab. Das... wörter, wie es die... in Irland, In-... gemacht werden... er auch Deutsch-... ist gewährt... cherten Kime-... is wissen. Des-... für alle Zukunft... in Kontinent zu...

Kanton Freiburg

Verhandlungen des Staatsrats.

Sitzung vom 22. Januar.

Der Staatsrat ernennt Hrn. Odo Joffe in Freiburg zur Lehrerin an der deutschen Primarschule in diese Stadt; die Herren Gustav Dupasquier, Ammann in Duppens, und Paul Kämbly, Ammann in Berner zu Mitgliedern der kantonalen Kommission zur Interzessionation der Kulturen. Hrn. Ed. Pichler, Fortinspektor in Murten, zum Mitglied der kantonalen Kommission für die Brennholzversorgung.

Er verordnet die Einberufung der Wähler der Industrie und Gewerbegruppen der Stadt Freiburg auf den 17. März zur Wahl des Gewerbegerichtes.

Die Kompagnie I/130

Ist vorgestern, zu sechsundzwanzig Instruktionsdienst, wie man uns meldet, in Freiburg mobilisiert worden und heute ins Festungsgelände abmarschiert, wo sie mit Gewehren größter Kalibers nähere Bekanntschaft machen sollen. Wenn auch unangenehm zu dieser Zeit wird der Dienst wenigstens eine Abwechslung sein für die modernen Landwehrmänner. Wir wünschen ihnen guten Mut und Glück, der ihnen die schwere Pflicht gegenüber dem Vaterlande angenehm machen möge.

Gegen die Tuberkulose.

(Mitg.) Die Freiburger Liga gegen die Tuberkulose spricht dem Publikum von Freiburg — Stadt und Kanton — ihren besten Dank aus für die wohlwollende Unterstützung im Jahre 1917. Dank der zahlreichen Beiträge der 36 Gemeinden, der Kollekten in verschiedenen Schulen, der wohlthätigen Personen, die mitwirkten beim Blutspendeverfahren; dank auch der finanziellen Hilfe der Direktion des Internen, hat die Liga einer großen Zahl von armen Tuberkulösen helfen können.

Die seit dem 14. September eröffnete Hilfskasse für arme Tuberkulose, hat bis jetzt in den ärztlichen Konsultationen 64 Personen empfangen; davon 42 aus der Stadt Freiburg und 22 aus den verschiedenen umliegenden Gemeinden.

Seit ihrer Verbindung mit dem «Ouvre» hat sich die Liga außerdem 78 Kranke angenommen: 5 aus der Stadt Freiburg; 18 aus dem Saanebezirk; 18 aus dem Seftbezirk; 9 aus dem Glânebezirk; 6 aus dem Seftbezirk; 9 aus dem Seftbezirk; 6 aus dem Seftbezirk; 4 aus dem Seftbezirk und 3 von anderswärts.

Da der Kanton Freiburg sehr Sanatorium best. kann die Liga ihre Kräfte nur in den Sanatorien der benachbarten Kantone Nidwald, Obwalden und Uri einsetzen. Es wurden von ihr platziert: in Nidwald 11 Kranke; von denen einer jähz. geht in seine Familie zurück; 2 Kranke in Nidwald (Nidwald); 1 Kranke im Spital Dr. Koch in Nidwald, der auch geheilt zurückkam; 1 Kranke in der Pension von der Kille in Sarnen; einer in Montreux. Die Ausgaben für die Heilung dieser Kranken belaufen sich im Tag auf 42 bis 45 Fr. 12 Kranke warten auf den Eintritt in ein Sanatorium, aber es wird immer schwieriger, da alle freien Plätze von den Bewohnern jener Kantone beansprucht werden.

In den verschiedenen Spitälern des Kantons hat die Liga ebenfalls 11 Kranke platziert, um deren Familie vor Anfechtung zu schützen.

Somit für heute. Im nächsten März oder April wird die Liga alle Mitglieder und Mitarbeiter zusammenschicken, um ihnen die Situation klar zu stellen und neue Unterstützung zu erlangen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Hilfskasse für arme Tuberkulose, Heroldstrasse 6 in Freiburg, jeden Freitag von 4-5 Uhr offen ist für ärztliche Konsultationen und jeden Dienstag von 4 bis 5 Uhr wird die Krankenschwester Anstalt erteilt. Während der Woche, pflegt sie die Kranken in den Spitälern. Um sie zu rufen, kann man sich an das Sekretariat wenden.

Die Subskriptionen und Gaben werden immer mit bestem Dank vom Kassierer unter Postchekkonto 112,26, entgegengenommen.

Feuerungszulagen.

(Sung.) Der Gemeinderat von Esers hat beschlossen, den beiden Wörtern ohne Zehnerzulage von je 100 Fr. auszurichten, rückwirkend für das Jahr 1917.

Tierquälerei.

Kürzlich versuchte ein Individuum im Pfarrhaus von Moutiers einzudringen, als der Pfarrer eben in die Kirche gegangen war. Der Eindringling versetzte der Pauschalterin

einen Faustschlag ins Gesicht. Doch konnte sich diese des Angreifers erwehren und mit Hilfe der Wache, worauf dieser entflohen. Tags zuvor war schlichtbar im gleichen Anschlag auf die Postablage der Gemeinde Moutiers aus am Abend des folgenden Tages auf das Stationsbüro in Granges-Martinus versucht worden. Es wäre eine Verhaftung vorgekommen.

Jugendleitung.

Wahrscheinlich infolge Schirmhebung beim Auslaufen des Bodens entlegte am Montag nachmittag der von Niemand kommende, Zug beim Bahnübergang in Arcuffens. Nur die vordere Kabine der Lokomotive kamen von Gelfe ab. Der Schaden ist unbedeutend.

Die Vermisse.

Welche alljährlich für die Armen der Stadt Freiburg abgehalten wird, findet Sonntag, den 3. Februar statt.

Neueste Meldungen

Deutsche amtliche Meldungen.

Berlin, 22. Jan. (Börs.) Mittl. Großes Hauptquartier Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Deßlich von Herrn war die Kampftätigkeit der Artillerien am Tage und zu einzelnen Nachstunden lebhaft. Wir keinen Anteilnahmen der Engländer vorgebildet an mehreren Stellen in Islandern in unsere Kampfbahn einzubringen. In der übrigen Front blieb die Besatzungstätigkeit mäßig.

Seeresgruppe deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht: In den Skagerrak nördlich von Le Fort de Paris fliehen französische Kompanie nach Zugüber anhaltender Artilleriewirkung am Abend gegen unsere Stellung vor. Sie wurden durch Heiler und im Nachtsturm abgewiesen. Auf dem östlichen Meeressufer und in der Gegend von Flirey lebte das Artilleriefeld zeitweilig auf.

Wendebrief: Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Französische amtliche Meldungen.

Paris, 22. Jan. (Havas.) Mittl. Mitteilung von 3 Uhr nachmittags. In der Champagne ergab ein deutscher Handstreich weßlich des Navaringschiffes kein Resultat. In der Gegend von Auberville brachten französische Patrouillen Gefangene ein.

11 Uhr-Nachricht: Ein feindlicher Handstreich nördlich von Neims scheiterte in ihrem Feuer. Französische Artillerie drängen weßlich des Navaringschiffes bis in den dritten deutschen Graben vor, führten Zerstörungen durch und lebten mit 10 Gefangenen in ihre Winter zurück. Blüchlich lebte Artillerieartillerie auf dem rechten Meeressufer.

Italienische Front.

Deutscher amtliche Meldung. Wien, 22. Jan. (B. A. B.) Mittl. wird verlautbart: Die Lage ist unverändert. Der Chef des Generalstabes.

Italienische amtliche Meldung.

Rom, 22. Jan. Mittl. Kriegsbericht Nr. 973. In den Gegenden von Jugo und Bugna (Kongratz), zwischen den Fronten und den Abhängen des Monte Grappa, sowie an der mittleren Piave lebte an der Artillerieartillerie. Weßlich von Marco (Mittel) wurden feindliche Erkundungsbildungen durch unser Feuer abgewiesen. Mäßig von Jugo wurden von unseren Patrouillen ähnliche Abteilungen zurückgeschlagen. Auf dem Asolo lebten wir mit glänzendem Erfolge den Annäherungsarbeiten des Gegners durch Gegenminen Widerstand entgegen. gez. General Diaz.

Der U-Bootkrieg im Dezember.

Berlin, 22. Jan. (Börs.) Durch die kriegerischen Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dezember 1917 insgesamt 702,000 Banntrugleistungen des für unsere Feinde nutzbaren Handelsverkehrs vernichtet worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des militärischen U-Bootkrieges auf 8,358,000 Banntrugleistungen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Chatterung neutraler Schiffe durch die Vereinigten Staaten.

Washington, 22. Jan. (Havas.) Die holländische Regierung hat ihre Zustimmung dazu, daß die Regierung der Vereinigten Staaten 80 holländische Schiffe internieren, die sich gegenwärtig in den Häfen der Vereinigten Staaten befinden.

Auslösung der Kaiser Karl.

Wien, 22. Jan. (B. A. B.) Der Kaiser empfing am Dienstag den päpstlichen Nuntius Raffaele Borzo und den Minister des Äußeren Czernin in besonderen Audienzen.

Carsons Nachfolger im englischen Kriegstabiet.

London, 22. Jan. (Havas.) Laut Daily Express wird der britische Kriegsminister Walter Long Sir Ed. Carson im Kriegstabiet nachfolgen.

London, 22. Jan. (Havas.) Aus dem Brief Sir Edward Carson an den Premierminister geht hervor, daß die Demission Carsons keineswegs durch Meinungsverschiedenheiten über den Krieg hervorgerufen wurde. Da jedoch die Arbeiten des irischen Nationalparlamentes zu keinem Ergebnis zu führen scheinen, so wurde dadurch die Stellung Carsons im Kriegstabiet, das schließlich in der irischen Frage eine Entscheidung treffen müssen, unhaltbar.

Die Times melden, daß Sir Edward Carson nach Belfast zurückkehren wird. Den Daily News zufolge soll Präsident Wilson wegen der Lösung der irischen Frage beim britischen Kabinett Schritte unternommen haben.

Stillstand der Friedensverhandlungen.

Petersburg, 22. Jan. (Havas.) Die offiziellen Organe der Bolschewiki veröffentlichten einen Artikel Truhls, wonach die Friedensverhandlungen in Brüssel keine weiteren Ergebnisse zu zeitigen scheinen dürfen, als die bisher erzielten.

Wirtschaftliche Beratungen in Brüssel.

Brüssel, 22. Jan. (B. A. B.) Wirtschaftskommissionen der alliierten Wirtschaftskommissionen sind eine Beratung statt, in welcher beschlossen wurde, zur Klärung der Wirtschaftspragen eine Subkommission einzusetzen. Diese hat ihre Arbeit heute begonnen.

Militärischer Kriegsrat.

Paris, 22. Jan. (Havas.) Orlando, Greß und der Direktor des Eisenbahnen Mosca sind heute Vormittag aus Rom kommend in Paris eingetroffen. Sie werden zusammen mit den Generälen Staffer und Gaborini, die gegenwärtig in Paris sind, an wichtigen militärischen Besprechungen teilnehmen.

Die ungarischen Arbeiter.

Wahrscheinlich 22. Jan. (B. A. B.) Ministerpräsident Bielek empfing eine Arbeiterdeputation, welche ihm ein Memorandum mit den Beschlüssen der Arbeiterversammlungen überreichte. Dem Memorandum zufolge brähten die Arbeiter den Wunsch aus, daß die auswärtige Vertretung der Monarchie einen annerkennungsfähigen, auf dem Selbstbestimmungsrechte der Völker beruhenden Frieden eheabstigt abschließen, daß der dem Angehörigen unterbreitete Wahlrechtsschritt ohne Verzug behandelt und, falls die Sozialpartei die Erledigung verhindern sollte, das Haus aufgelöst werde. Der Ministerpräsident verwies auf die bekannte Erklärung Czernins, falls die Arbeiter das Zustandekommen des Friedens wünschten, müßten die vorkommenden Betriebsstörungen sofort eingestakt werden. Am Montag früh wurde tatsächlich in jenen Werkstätten, wo der Betrieb unterbrochen war, die Arbeit wieder aufgenommen.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 22. Jan. (B. A. B.) In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses lehnte Ministerpräsident Stöhr die Prager Resolution ab. Sie sei herabzuwürdigen und müsse von jeder Regierung mit allen Mitteln bekämpft werden. Desterreich müsse einen gerechten Frieden, der jedoch den Segnern die Ausschließlichkeit ihrer Vergewaltigungsabsichten vor Augen führen werde.

Die deutschen Vertreter Böhmens, Mährens und Schlesiens bekämpften in der Debatte die Forderungen der Tschechen. Hagedorn und Stöhr sprachen sich gegen die Dresdener Verhandlungen aus, der Sozialist Adler für das Friedensprogramm Czernins. Ein Pole protestierte gegen die deutschen Kriegsverbrechen auf Kosten Polens.

Schuldensaktionen des Bundes.

Bern, 22. Jan. Die den «Basler Nachr.» aus Bern gemeldet wird, hat der Bundesrat heute beschlossen, das Postamt Frickhof-Bonjour, welches eine Erhöhung der Bundesubvention an die Volksschulen auf dem Wege der Generalvollmacht anregt, abzulehnen. Das Departement des Inneren hatte einen Antrag ausgearbeitet, der die Zuteilung eines Betrages von ungefähr einer Million Franken aus dem Ertrag der Kriegsgewinnsteuer an die Kantone vorsch, welcher Betrag für die Aufhebung der Lehrerbildung Verwendung finden sollte. Der Bundesrat stellte sich auf den Standpunkt, daß keine Kompensierung auf Grund der Generalvollmacht eine solche indirekte Bundesubvention an die Bildung kantonalen Ebenen zu beschließen, verneint werden müsse.

Gegen die direkte Bundessteuer.

Bern, 22. Jan. Nachdem die Bundesversammlung im Dezember dem Bundesrat eingeladen, Bericht und Antrag einzubringen über die sozialdemokratische Initiative bezüglich der Einführung einer direkten Bundessteuer hat das Schweizer Finanzdepartement dieser Tage seine Haltung gegenüber dem Bundesrat festgestellt. Das Finanzdepartement beantragt dem Bundesrat, der Bundesversammlung Ablehnung der sozialdemokratischen Initiative zu beantragen, und zwar ohne einen Gegenvorschlag zu machen. Das Finanzdepartement kommt zur Ablehnung der Initiative aus politischen und sozialen Gründen, wobei es u. a. darauf hinweist, daß die von der sozialdemokratischen Initiative geplante direkte Bundessteuer nur etwa 3 % der Steuerpflichtigen für die Besteuerung des Vermögens und nur etwa 1,5 % der Steuerpflichtigen zur Besteuerung des Einkommens heranziehen würde, während alle anderen Steuerpflichtigen von der Steuer nicht betroffen würden. Die Heranziehung eines so minimalen Prozentsatzes der Bevölkerung zu der direkten Steuer steht nach Ansicht des Departementes in einem zu starken Widerspruch zu allen bisher geltenden Steuergrundsätzen, wonach die Steuern möglichst viele Schichten verteilt werden sollen. Der Bundesrat wird zum Antrag des Finanzdepartementes wahrscheinlich bereits nächsten Freitag Stellung nehmen und die Bundesversammlung wird in der Frühjahrssession Gelegenheit haben, sich über die Frage auszusprechen, jedoch die Volksabstimmung im Frühjahr stattfinden kann. Sollte das Volk die Initiative verwerfen, so würde das Schweizer Finanzdepartement unverzüglich eine Vorlage für eine zweite eventuell dritte Kriegsteuer einbringen, die bereits im Juni von der Bundesversammlung beraten werden könnte.

Gegen den konfessionslosen Unterricht.

Marau, 22. Jan. Das kathol. konservativ. Volksblatt in Baden teilt mit, daß die katholische Jungmannschaft demnächst eine Unterchristenversammlung gegen den konfessionslosen Unterricht an den aargauischen Lehrerseminaren durchzuführen werde. Die Vertagung des konfessionellen Religionsunterrichtes am kantonalen Lehrerseminar in Bettingen wurde bereits von der kantonalen Erziehungsdirektion unter Einräumung der nötigen Konzessionen bewilligt. Die Abschaffung des konfessionslosen Unterrichts an den Seminaren hängt davon ab, ob der konfessionslose Unterricht bei der bevorstehenden Revision des Schulgesetzes an allen aargauischen Volksschulen abgeschafft wird, wofür sich die Lehrerschaft mit Rücksicht auf die Unterstutzung des Lehrerbildungsgesetzes durch die katholisch-konservative Partei zustimmend ausgesprochen hat.

Einschränkung des Kohlenverbrauches.

St. Gallen, 22. Jan. Zum Zwecke der weiteren Einschränkung im Verbrauch von Kohle und elektrischer Energie hat der Regierungsrat beschlossen, daß Wirtschaften mit Ausnahme von Großindustriellen nicht vor 12 Uhr morgens und nicht nach abends 6 Uhr geheizt werden dürfen. Für Theaterveranstaltungen, Konzerte, Fests, Paraden, Tanzbelustigungen usw., sowie für Versammlungen dürfen keine besonderen Exzepte geltend gemacht werden. Ferner hat der Regierungsrat ein allgemeines Verbot des Wollens und der Wollstoffe in öffentlichen und geschlossenen Gesellschaften erlassen.

Briefkasten der Redaktion.

An Fr. A. B. in G.: Lesen Sie die Beratung über die Zivilienpflicht auf me r t s a m durch. Sie werden sehen, daß die Hausfrauen, die einen Haushalt führen, nicht aufgedrungen werden.

An Herrn O. R. in M.: Ein eigener Bericht über den literarischen Abend im Kornhausaal ist uns auf Verlangen hin geliefert worden. Wegen Platzmangel konnte er heute nicht erscheinen. Für den guten Willen und die prompte Zustellung herzlichen Dank.

Benachrichtigung Redaktion: Josef Baughard.

Sparen ohne Darben

Das ist für die Gesundheit unseres Körpers und Geistes die beste Methode, hierdurch werden Störungen in Verdauungs- und Ernährungsleben vermieden und meisten Dellen vorgebeugt. Sobald im Frühling, die Kopfschmerzen, Druck in der Magenregion, Blähungen, Unbehilflichkeit, Schwindel, Müdigkeit usw. einstellen und die täglich begonnene Verbesserung gestört ist, nehme man die bekannten und beliebten Apopten, Kaiser Brandts Schweizerpillen, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Die Schweizerpillen, welches Kreuz im roten Kreis und Unterschrift: Kaiser Brandts, A. St. 1, 2 in den Apotheken. 393

